

*Vorbemerkung*

*Da leider zum Bildungsstreik 2009/10 bis Redaktionsschluss noch kein Artikel vorlag, drucken wir im Folgenden einen Ausschnitt aus dem Artikel „Kleine Geschichte der FU Berlin“. Dieser wurde ursprünglich von Manfred Suchan geschrieben, aber immer wieder kollektiv und anonym bearbeitet und ergänzt (so auch der hier abgedruckte Teil). Abgedruckt wurde der Text in zahlreichen Ausgaben von „Mein erstes Semester“, zuletzt in der 24. Auflage aus dem Jahr 2017 im Bearbeitungsstand von 2012.*

*Der (z. T. etwas zu wenig selbstkritischen) Aufzählung der Ereignisse und Proteste folgt ein Appell an die Studierendenschaft, der auch heute noch sehr aktuell ist. Wir halten einen Abdruck dieses Überblicks für unverzichtbar, auch da hier die Ausgangslage für viele spätere Ereignisse gelegt wird. Der Zeitraum ab 2012 wird im ausreichenden Maße im „aktuellen“ Teil gewürdigt, weshalb er im historischen Teil nicht vorkommt.*

*Die FU70-Redaktion, 2018*

# Kampf gegen Windmühlen? – Bildungsproteste 2009-2012

## **Bundesweiter Bildungsstreik Sommersemester 2009**

An (fast) allen Instituten und Fachbereichen waren nun die Bachelor- und Masterstudiengänge eingeführt. Nachdem es längere Zeit so schien, als würde die erhebliche Umstrukturierung der Studiengänge, Anwesenheitspflicht, Zwangsberatung und eine ständige Atmosphäre des Leistungszwangs und -drucks den größten Teil der Student\_innen nicht berühren bzw. von ihnen als Normalität aufgefasst werden, zeigte sich beim bundesweiten Bildungsstreik im Sommersemester 2009 ein anderes Bild. Vom 15.06. bis zum 19.06. wurde eine bundesweite Streikwoche auf die Beine gestellt, deren Höhepunkt eine Großdemonstration am 17.06.2009 war. 220 000 Schüler\_innen und Studis gingen auf die Straße, um ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen. Die Studis hatten sich nach längeren Diskussionen und Verhandlungen auf vier zentrale Forderungen einigen können, die inhaltlich noch individuell ausgestaltet werden konnten:

- Soziale Öffnung der Hochschulen
- Abschaffung von Bachelor/Master in der derzeitigen Form
- Demokratisierung des Bildungssystems
- Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen.

Allein in Berlin protestierten 25 000 Schülis, Studis, Azubis, Lehrende genau so wie andere von der Umstrukturierung des Bildungssystems Betroffene. Es gab ein alternatives Veranstaltungsverzeichnis für die Streikwoche, in dem Student\_innen verschiedene Workshops, Seminare und Veranstaltungen anboten.

Mehrere Pflichtveranstaltungen und Vorlesungen wurden boykottiert. An der TU und HU wurden Gebäude besetzt.

An der FU wurde am frühen Montagmorgen (15.06.2009) das Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft verbarrikadiert und besetzt. Alle Veranstaltungen, die normalerweise in der Ihnestraße 21 und 22 sowie in der Garystraße 55 stattfinden, fielen während der gesamten Bildungsstreikwoche aus. In diesen Gebäuden befinden sich neben dem OSI auch das Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft, das Soziologie-Institut sowie das Osteuropainstitut. Auch der Forschungsbetrieb und die Verwaltung waren stark eingeschränkt. Stattdessen fanden alternative Seminare und Diskussionsrunden statt. Die Besetzer\_innen stellten Forderungen auf, die dem Fachbereichsdekanat präsentiert und mit diesem diskutiert wurden.

Ebenfalls am Montag wurde ein Raum in der Silberlaube besetzt, um eine Streikzentrale und damit einen Anlaufpunkt einzurichten. Am 16.06.2009 wurde an der FU das Präsidium nach einer Vollversammlung von mehreren hundert Studis besetzt. Sie forderten die Abschaffung der Anwesenheitspflicht, freie Wahlmöglichkeiten für Studienmodule, Viertelparität in den akademischen Gremien, die Abschaffung der Erprobungsklausel und außerdem die Infragestellung von Dieter Lenzen als Präsident. Lenzen hatte kurz zuvor die Studierenden der FU für die Demonstration am 17. Juni von der Anwesenheitspflicht freigestellt. Hintergrund der Freistellung waren die laufenden Verhandlungen um die Hochschulverträge, bei denen sich eine

Realkürzung des Hochschuletats abzeichnete. Vom AStA FU wurde die Freistellung zwar begrüßt, jedoch wollte mensch sich nicht vereinnahmen lassen, da sich der Protest ausdrücklich auch gegen Dieter Lenzen und die Politik des Präsidiums richtete.

Im Rahmen des Bildungsstreiks kam es zu mehreren brutalen Polizeieinsätzen. Alles in allem haben die Demonstrant\_innen sich jedoch nicht abschrecken lassen, sondern kreativ und friedlich weiterhin ihren Unmut verdeutlicht.

Folgen und Erfolge des Bildungsstreiks 2009 waren noch unklar. Die Protestwoche war zwar vorbei, das Protestsemester jedoch noch nicht. Jetzt galt es mit den erarbeiteten Forderungen und Resolutionen an AS und Präsidium heranzutreten. Die Streikwoche war ein Anfang, auf dessen Grundlage weiter protestiert und gekämpft werden musste.

### **Höhepunkt und Ende der „Uni brennt“-Bewegung 2009/2010**

Im Wintersemester 2009 erreichte der Bildungsstreik, als „Uni brennt“-Bewegung seinen Höhepunkt. Ende Oktober wurden in Österreich in fast allen großen Städten Universitäten besetzt. Auch dort protestierten die Studierenden gegen Ungerechtigkeit und Missstände im Bildungssystem. Anfang November fingen auch die Studierenden in Deutschland an, ihre Universitäten zu besetzen. Unter den ersten waren, Heidelberg, Potsdam, München und Dresden. Am 11.11.09 entschlossen sich auch die Studierenden der FU Berlin in einer großen Vollversammlung, den Hörsaal 1a der Silberlaube zu besetzen und so auch ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Am selben Tag wurde auch noch das Audimax der Humboldt Universität und am darauffolgenden Tag die Alice Salomon Hochschule in Berlin und die Technische Universität Berlin besetzt. Schnell entwickelte sich im „Freiraum 1a“ eine Infrastruktur mit Schlafplätzen, VoKü im Innenhof und vielen Arbeitsgruppen, die Inhalte, Positionen und Forderungen entwickelten. Auch wurden einige Konzerte in dem besetzten Hörsaal gegeben. Bis Ende des Monats waren in Deutschland 75 Universitäten und Hochschulen besetzt. Dazu kamen dann noch 16 Universitäten in Österreich und der Schweiz. Eine noch nie dagewesene Vernetzung zwischen den Unis fand statt, Solidaritätserklärungen wurden verschickt, per Video-Livestream konnte bei anderen Plena zugesehen werden. Bald kamen auch Meldungen aus Ungarn, den USA, England, Italien, Frankreich und Griechenland, wo Studierende sich solidarisierten, gegen die Politik in ihrem Land protestierten oder ihre Unis besetzten. Eine Woche nach der Besetzung fanden in Berlin und vielen anderen Städten bundesweit Großdemonstrationen statt. In Berlin beteiligten sich 12.000 Studierende und Schüler\_innen an der Demonstration. Vom Unipräsident Lenzen war in den ersten Wochen der Besetzung nichts zu hören oder zu sehen, auch bei den Sitzungen des Akademischen Senats ließ er sich entschuldigen. Erst am 11.12. erhielten Studierende, Professor\_innen und Mitarbeiter\_innen die Nachricht: „Dieter Lenzen geht nach Hamburg“. Die Streikenden der FU schickten eine Beileidsbekundung nach Hamburg. Am 25.11. wurden auch an der Charité in Mitte von Studierenden Räume

besetzt. Am 26.11. folgte nach einer weiteren studentischen Vollversammlung, diesmal in der Mensa zur Unterstützung des Warnstreiks der Beschäftigtenvertreter\_innengewerkschaft ver.di, eine Besetzung am Otto-Suhr-Institut. Trotz mangelnder Aufmerksamkeit des Akademischen Senats arbeiteten die Streikenden an der FU weiter an ihren Forderungen und Positionen. Vom 30.11.–04.12.09, parallel zum eintägigen Bildungsgipfel von Kanzlerin Merkel, fand auch an der FU ein selbstorganisierter einwöchiger Bildungsgipfel mit Workshops und Diskussionen statt, um die Positionen der Studierenden zu zeigen.

Anfang Dezember fand der erste Runde Tisch statt, ein von den Streikenden initiiertes Zusammentreffen mit allen Statusgruppen der Universität. 6 Professor\_innen, 6 wissenschaftliche und 6 sonstige Mitarbeiter\_innen sowie 12 Studierende waren eingeladen. Hier sollten die Forderungen der Studierenden sowie generelle Probleme an der Uni besprochen werden. Durch die Empfehlung des Runden Tisches wurde am 16. Dezember im Akademischen Senat die Aussetzung der Anwesenheitspflicht beschlossen.

Kurz vor Beginn der Weihnachtsferien folgte eine Welle von Räumungen, darunter z. B. in Frankfurt am 2.12. mit massiver Polizeigewalt oder in München noch während der Weihnachtsferien. Die Besetzer\_innen des Hörsaals 1a an der FU entschieden sich, den Hörsaal auch über Weihnachten besetzt zu halten und feierten zum Teil sogar mit ihren Familien und einem geklauten Weihnachtsbaum des Seminaris Hotels im Hörsaal 1a. Nach den Weihnachtsferien Anfang Januar waren nur noch wenige Unis besetzt. Am 10.02.10 hob das Präsidium die Duldung der Besetzung an der FU auf. Am 14.02. um 6 Uhr früh veranlasste das Präsidium überraschend und unter Einbeziehung eines privaten Sicherheitsdienstes und der Polizei die Räumung des Hörsaals 1a (einem der letzten besetzten Hörsäle der „Uni brennt“-Bewegung). Da einige Besetzer\_innen sich weigerten den Hörsaal zu verlassen, wurden sie von der Polizei herausgetragen bzw. herausgeschleift und danach für mehrere Stunden von der Polizei festgehalten. Diese Personen hatten bis zu einem Jahr lang mit den Repressionen zu kämpfen, vor allem auch da sich die Unileitung erst nach mehreren Anfragen und Gesprächen bereit erklärte, die Anzeigen wegen Hausfriedensbruch zurückzuziehen.

### **Räumung des Seminarzentrums und „Exzellenziade“ 2011/12**

Gegen die weiter anhaltenden Probleme im Bildungssystem regte sich im Wintersemester 11/12 abermals Widerstand.

Auf einer Vollversammlung Mitte November nahmen die Studierenden eine Bestandsaufnahme des angesammelten Unmuts vor. Dabei zeigte sich, dass nicht nur Prüfungsstress und Zugangshürden im Bildungswesen Studierende vor Probleme stellten, sondern sie auch von steigenden Mieten und niedrigen Löhnen betroffen sind. Mehrere Hundert Studierende wollten die Diskussion nach der Vollversammlung fortsetzen und besetzten das Seminarzentrum, um sich einen Raum zum Diskutieren und Vernetzen zu schaffen. Entgegen der öffentlichen Inszenierung der „Freien“ Universität

hält das Präsidium wenig von kritisch-reflektierenden Studierenden und ordnete noch am selben Abend die Räumung an. Eine Hundertschaft der Polizei zerrte 60 Studierende aus deren Uni und bedrohte nebenbei auch noch einen Pressefotografen. Die Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs wurden später zurückgezogen, nachdem betroffene und empörte, solidarische Studierende zahlreich eine Sitzung des Akademischen Senats besuchten und vom Präsidium Rechenschaft über die Repression verlangten.

In der Folge etablierte sich mit dem wöchentlichen Plenum im Mensa-Foyer eine Anlaufstelle für alle Studierenden, die genug hatten von der Vereinzelung im Bologna-Studium. Der Austausch über die Missstände an der Uni und darüber hinaus stand unter der Prämisse, nicht einfach Forderungen an Autoritäten zu richten, sondern selbst aktiv zu werden und die besagten Autoritäten nach Möglichkeit zu ignorieren.

Anfang 2012 organisierte die Bildungsprotestgruppe mit der „Exzellenziade“ ein satirisch überzeichnetes Sportevent, um den absurden Konkurrenzwahn der Exzellenzinitiative zu kritisieren. Im Bildungshürdenlauf galt es Hindernisse auf dem Weg zur Exzellenz zu überwinden: Um kritische Lehre abzuwickeln, befreiten sich die Sportler\_innen aus der Umschlingung von Frischhaltefolie. Bücher wurden weggeworfen, um unnötigen Wissensballast abzulegen und Bibliotheken zu schließen. Kurz vor dem Ziel mussten beim Aufbau von Bündnissen mit der Wirtschaft noch unzählige Hände von anzugragenden Geschäftsmenschen geschüttelt werden. Anschließend zogen 50 Studierende zum Henry-Ford-Bau, wo eine stark verstärkte Sicherheitstruppe Studierenden den Zugang zur eigenen Uni verwehrte. Im so zum Exzellenzbunker degradierten Gebäude trafen die externen Gutachter\_innen der Exzellenzinitiative auf handverlesene Uniangehörige und versuchten herauszufinden, ob die „Freie“ Universität weiterhin den Exzellenzstatus tragen dürfe. Sprechchöre und rhythmische Fenstertrommelei brachten die Fassade des Exzellenzbunkers zum Beben. Schließlich gelang es den Protestierenden, trotz gewaltsamer Gegenwehr der Sicherheitskräfte, durch eine Tür und ein Fenster eines Hörsaals das Gebäude zu betreten. Die Gewalt der Sicherheitskräfte – Stöße, Schläge und Tritte, auch gegen bereits am Boden Liegende – wurde später von der Universitätsleitung geleugnet.

### **Das Jahr der Rahmenstudien- und -prüfungsordnung (RSPO)**

Mit der Rahmenstudien- und -prüfungsordnung (RSPO) wurde im Sommersemester 2012 die lange Liste der Protestgründe um ein Element erweitert. Das vom FU-Präsidium im Geheimen ohne Beteiligung von Studierenden entworfene Regelwerk für alle Studiengänge gelangte an die Öffentlichkeit, die den Leitgedanken des Entwurfs sofort erkannte: Der ohnehin hohe Leistungsdruck im Studium sollte weiter steigen und ein Rollback, der in der Vergangenheit erkämpften Verbesserungen durchgeführt werden. Kernpunkte der Kritik waren die Verschärfung der Zwangsberatung für „langsame“ Studierende, die bereits ab dem dritten Semester greifen sollte, die neue Beschränkung der Prüfungswiederholungen auf zwei sowie die Wieder-

einführung der seit 2009 ausgesetzten Anwesenheitspflicht.

Um ihrem Protest gegen die intransparente und undemokratische Arbeitsweise des Präsidiums und die Inhalte der RSPO Nachdruck zu verleihen, zogen im Anschluss an eine Vollversammlung im Juni etwa 300 Studierende in einer Spontandemonstration zum Sitz des Präsidiums. Dort fanden sie heruntergelassene Rollläden, erneut gewalttätige private Sicherheitskräfte und, nach kurzem Warten, zwei Vertreter\_innen des Präsidiums vor. Diese erklärten, dass die neuen Regelungen nur im besten Interesse der Studierenden seien und hielten die Diskussion damit für erledigt. Auf die Forderung nach einem Runden Tisch unter Beteiligung aller Statusgruppen wurde eindeutig geantwortet: Nein!

Zwei Wochen nach dem Überraschungsbesuch im Präsidium statteten Studierende zahlreich dem Akademischen Senat einen Besuch ab, und forderten eine Diskussion über Sinn und Unsinn der geplanten Verschärfungen ein. Die im Audimax geführte, mehrstündige Debatte eines Teils der AS-Mitglieder mit rund 200 Studierenden ließ zwar harmonische Töne anklingen und stellte, ebenso wie zwei Besuche des Präsidenten Peter-André Alt und des Vizepräsidenten für Studium und Lehre, Michael Bongardt, eine für die FU ungewöhnliche Öffnung dar, doch fand in der Sache keine Bewegung statt. Einzig die Zwangsberatung wurde vollständig aus der RSPO gestrichen, da der gesteigerte Beratungsaufwand nicht zu leisten und eine andere, sanftere Regelung rechtlich nicht möglich war. Zunehmend wurde klar, dass jede Diskussion und jedes Gespräch für das Präsidium und seine professorale Machtbasis im AS nur dem Zweck der Beschwichtigung und des Hinhaltens diene. Ihre Hoffnung war, der Protest werde sich im Laufe des Sommers, spätestens aber über die Semesterferien, totlaufen und von selbst erledigen.

Doch die Rechnung sollte nicht aufgehen. Als am 14. November 2012 der Akademische Senat endgültig die noch immer kräftig kritisierte RSPO verabschieden sollte, beschloss eine Vollversammlung, sich der professoralen Mehrheit nicht unterzuordnen. Noch vor den Senatsmitgliedern besetzten über 250 Studierende den Sitzungssaal im Henry-Ford-Bau sowie dessen Vorraum und verhinderten mit der Sitzung auch die Verabschiedung der RSPO. Vom Stuhl des Präsidenten aus, der sonst die Sitzungen des Akademischen Senats leitet, eröffnete Lucas Feicht vom Referat für Hochschulpolitik die 1. Sitzung des „Freien Akademischen Senats“. Im Saal, in dem sie sonst zu stummen Zuschauern gemacht werden (Erste Vizepräsidentin Monika Schäfer-Korting: „Es diskutieren die Mitglieder des Senats miteinander, und die Zuhörer heißen Zuhörer, weil sie zuhören!“), bekräftigten die Studierenden im offenen Plenum ihre Forderung nach mehr Beteiligung und einem Runden Tisch als notwendige Bedingungen einer annehmbaren RSPO. Auf weitere Scheindebatten und Beschwichtigungsversuche ließen sich die Besetzer\_innen nicht ein, sodass Präsident Alt und sein Vize Bongardt den Senatssaal nur betreten durften, um sich den Forderungskatalog der Studierenden abzuholen. Anschließend mussten sie wieder gehen.

Hierauf reagierte das Präsidium Anfang 2013 nicht

etwa mit einer Abkehr vom falschen Kurs, sondern mit einer Machtdemonstration. Im Januar wurde die Polizei bestellt, um den Ausschluss der Öffentlichkeit von der gesamten AS-Sitzung durchzusetzen. Es zeigten sich aber neben den Studierenden, die in einer Petition Peter-André Alts Rücktritt forderten, auch einige Professor\_innen empört über Polizeieinheiten, die bereits mehrere Stunden vor der Sitzung über den Campus patrouillierten. In der Folge dieses PR-Desasters – auch die Presse interessierte sich – entzog sich Alt für einige Monate seiner Verantwortung für den Konflikt, polierte bei gemeinsamen politischen Reisen mit dem Regierenden Bürgermeister Wowereit sein Image und ließ AS-Sitzungen von seiner Stellvertreterin Monika SchäferKorting leiten.

In dieser verfahrenen Situation legten die Studierenden dem Akademischen Senat am 13. Februar 2013 ein Dialogangebot vor, mit dem sie die drohende weitere Eskalation abwenden wollten. Um dem sich verstetigenden Wechsel von gesprengten Gremiensitzungen und Pauschalausschluss der Öffentlichkeit zu entkommen, sollte das Beschlussverfahren zur RSPO ausgesetzt werden und stattdessen mit allen Universitätsangehörigen diskutiert werden, wie die im Laufe der Auseinandersetzung evident gewordenen Demokratiedefizite beseitigt werden könnten. Das Präsidium und die professorale Mehrheit des Akademischen Senats zogen es vor, in die ausgestreckte Hand zu spucken und sagten den Studierenden eine Diskussion zu – nach Beschluss der RSPO. Schließlich hatten sie ein Ass im Ärmel: Auf den Versuch hin, erneut die Sitzung des Akademischen Senats zu sprengen, verkündete Schäfer-Korting, die Sitzung werde unter Ausschluss der Öffentlichkeit an einem anderen, geheimen Ort fortgesetzt.

Die studentischen AS-Mitglieder wurden vor die Wahl gestellt, mit unbekanntem Ziel in ein Auto zu steigen oder auf die Ausübung ihres Mandats zu verzichten. Als Ziel der Flucht stellte sich das brandenburgische Teltow, genauer das Gelände des Helmholtz-Zentrums heraus. Dort wartete auch der private Wachschutz der FU auf die in Taxis nachgereisten Protestierenden. Mitarbeiter\_innen des Wachschutzes bedrohten einen Fotografen noch außerhalb des Geländes und nahmen ihm seine Kamera weg. Später betreten Studierende das Gelände, um zur Senatssitzung zu gelangen, und wurden vom Wachschutz verprügelt. Hiervon wurden die Senatsmitglieder und das Präsidium in Kenntnis gesetzt, ohne dass sie es für notwendig erachtet hätten, die Sitzung zu unterbrechen. Einen Beschluss der RSPO konnten die studentischen AS-Vertreter nun nur noch mit einem suspensiven Gruppenveto bis zur folgenden Sitzung verzögern.

Letztlich wurde die RSPO am 20. März 2013 beschlossen. Aus der Summe ihrer großen und zahlreichen kleinen Kritikpunkte an der Präsidiumsvorlage zur RSPO hatten die Studierenden einen Gegenentwurf verfasst und als Änderungsantrag eingebracht. Ein Zitat aus der Sitzung fängt die ganze Farce ein, die auch stellvertretend für die immer behauptete, jedoch nie ehrlich vorhandene, Gesprächsbereitschaft des Präsidiums und seiner Paladine steht: „Wir dürfen jetzt den studentischen RSPO-Entwurf vorstellen, er wird dann aber gar nicht erst zur Abstimmung kommen?“ – „Genau, so sieht es aus.“

Am Ende musste die Abstimmung mit Stimmzetteln statt Handzeichen durchgeführt werden, da fast ein Jahr nach Beginn der Auseinandersetzung die Studierenden noch immer nicht aufgegeben hatten und eine reguläre Abstimmung mit Lärm und Konfetti unmöglich machten. Dass selbst in den Semesterferien noch genügend Menschen zu einer AS-Sitzung mobilisiert werden konnten, zeugt von der Bedeutung der behandelten Themen und vor allem von der gerechten Wut, die Peter-André Alts Präsidium mit seinem Handeln immer wieder entfachte. Eine Aufarbeitung des 13. Februars wurde abgelehnt, weil in der Welt des Präsidiums nichts Besonderes geschehen war. Alt verhönte sogar die Opfer der Gewalt: „Den Studierenden hätte klar sein müssen, dass ihnen Grenzen gesetzt werden.“ Er hätte auch sagen können: „In Dahlem nichts Neues.“

### Was tun?

Mit dem Beschluss der RSPO scheint die Auseinandersetzung abgeschlossen. Natürlich wird neben dem juristischen Kampf gegen die RSPO und ihre Folgen auch an der FU selbst z. B. per zivilem Ungehorsam gegen Anwesenheitskontrollen gekämpft. Aber darin liegt keine Protestperspektive.

Der einjährige Konflikt hat aber immer wieder strukturelle Probleme der FU ans Tageslicht befördert, die weit über den miserablen Politikstil des Präsidiums hinaus gehen. In letzter Instanz ging es bei der RSPO nicht nur um die Frage, wie oft nicht bestandene Prüfungen wiederholt werden dürfen. Es ging auch darum, wie Entscheidungen getroffen und wessen Interessen dabei berücksichtigt oder unter den Tisch gekehrt werden. Immer wieder bekamen die Protestierenden von professoralen Mitgliedern des Akademischen Senats zu hören, es gebe einen Dissens, und die Studierenden hätten zu akzeptieren, dass demokratisch durch Abstimmung entschieden würde. Hier liegt aber gerade das Problem: Eine selbstbewusste Studierendenschaft, die Uni nicht nur als Fortsetzung der Schule mit anderen Mitteln versteht, sondern gleichberechtigter Teil der von verschiedenen Gruppen getragenen Hochschule sein will, kann die bestehenden Machtverhältnisse in den Hochschulgremien niemals akzeptieren. Wo der kleinsten Statusgruppe, den Professor\_innen, von Gesetzes wegen in allen relevanten Gremien die absolute Mehrheit zugestanden wird, über die Belange von 33.000 Studierenden zu entscheiden, herrscht ein feudales Ständesystem und keine Demokratie.

Wesentliche Ursache vieler Demokratiemängel ist die Teilgrundordnung (TGO), eine Art Verfassung der FU, in der die Existenz von Gremien und ihre Entscheidungsbefugnisse geregelt sind. Andere Universitäten haben im Gegensatz dazu eine vollständige Grundordnung, was nicht nur eine Spitzfindigkeit ist. Der Unterschied weist darauf hin, dass an der FU vieles nicht geregelt ist, was die FU laut Berliner Hochschulgesetz festlegen könnte. Unter anderem aus diesen Regelungslücken entsteht die Macht des Präsidiums, das im Zweifel sich selbst für zuständig hält. Eine (Teil-)Grundordnung ist aber nicht in Stein gemeißelt, sondern kann geändert werden. Dies hat im Sommer 2013 die TU Berlin eindrucksvoll bewiesen, als der Erweiterte Akademische Senat beschloss, er selbst solle künftig

viertelparitätisch besetzt sein. Viertelparität bedeutet, dass alle Statusgruppen mit gleicher Sitzzahl vertreten sind. Was gut und demokratisch klingt hat das Bundesverfassungsgericht 1973 in einem umstrittenen Urteil in allen Gremien, die Forschung und Lehre unmittelbar betreffen, wegen der Wissenschaftsfreiheit aus Art. 5 Abs. 3 GG für verfassungswidrig erklärt. Der Erweiterte Akademische Senat wählt aber vor allem das Präsidium und trifft keine Entscheidungen zu Forschung und Lehre.

Es wird in nächster Zeit die Aufgabe der Studierenden an der FU sein, aus Abwehrkämpfen gegen schlechter werdende Studienbedingungen auszubrechen und gegen die undemokratische Ständeordnung einzutreten, die ursächlich immer wieder Entscheidungen gegen studentische Interessen produziert. Abseits der FU selbst stellt die anhaltend unzureichende Finanzierung der Hochschulen die Studierenden vor die Frage, ob sie hinnehmen wollen, dass Geld lieber für Luftschlösser ausgegeben wird, als für das Bildungswesen.

#### **Ausblick – Proteste ohne Ende?**

Die seit den 90ern zu beobachtende Erlahmung und Entpolitisierung der Berliner Studierendenproteste konnte durch den Ausbruch von 2003 kurzzeitig aufgehalten werden. Dieser Protest unter der Parole „gegen Bildungs- und Sozialabbau“ konnte die sich abzeichnende Einengung von Bildungspolitik auf studentische Lobbypolitik verhindern und die Einführung von Studiengebühren sabotieren – doch eine hochschulpolitische Trendwende gelang nicht.

Im Gegenteil: die im Rahmen des europaweiten „Bologna Prozesses“ erfolgte Einführung der Bachelor/Master-Studiengänge als größtes Reformprojekt seit 1968 wurde von den Studierenden weitgehend passiv hingenommen. Zwar hatten studentische Kritiker\_innen, unter ihnen auch der AStA FU, schon seit Beginn des Jahrzehnts vor einer Entwissenschaftlichung und Verschulung des Studiums gewarnt, konnten sich jedoch kein Gehör verschaffen.

Mittlerweile ist abzusehen, dass nicht nur diese im voraus geäußerten Kritiken an der BA/MA-Reform voll eingetroffen sind, sondern dass die überhastete und in weiten Teilen unkoordiniert durchgezogene Reform eine Reihe weiterer Probleme verursacht hat: sich überschneidende Pflichtveranstaltungen, dadurch unstudierbare Stundenpläne, ein datenschutzmäßig fragwürdiges und technisch mangelhaftes Campus-Management-System sowie eine grandiose Inkompatibilität der neuen Studiengänge untereinander.

Insbesondere letzteres ist ein bundesweites, ja europäisches Phänomen und vieles spricht dafür, daß die neueste Studienreform auch nach den Maßstäben ihrer Befürworter\_innen gescheitert ist. Wurde noch vor fünf Jahren eine grenzenlose Flexibilität und europaweite Kompatibilität versprochen, so ist heute nicht einmal mehr die Kombination von Haupt- und Nebenfach an HU und FU möglich. Zahlreiche Sonder- und Ausnahmeregelungen halten zwar seitdem die FU am Laufen, es wird jedoch wohl noch Jahre dauern bis sich aus den neuen Studiengängen ein irgendwie „geregelter“ Alltag entwickelt hat. Und ob die von den Reformern angestrebte EU-weite Kompatibilität in absehbarer Zeit

überhaupt erreicht wird, ist absolut zweifelhaft.

Dennoch blieben die Proteste an den Unis bescheiden. Die Neuerungen trafen nur die jeweiligen Erstsemester\_innen und spalteten die Studierendenschaft in Altstudierende der auslaufenden Studiengänge und die neuen BA/MA-Studis. Objektive gemeinsame Interessen werden somit weniger sichtbar, die unterschiedlichen Seminare und der verschiedene Studienalltag schwächen das Zusammengehörigkeitsgefühl. Aber, das zeigen die Ereignisse des Wintersemesters 2005/2006 und des Sommersemesters 2009, Proteste sind dennoch kein Phänomen der Vergangenheit. Die geradezu erschreckend schlampige Umsetzung der Reform erzeugte unter der Studierendenschaft beinahe noch mehr Wut als die eigentlichen Verschlechterungen im Studienalltag. Das Potential für Proteste ist da, Gründe gibt es genügend, aber im Alltag dominieren häufig Vereinzelung, Durchwursteln und unter den Altstudis der Wunsch „endlich fertig werden“.

Politisch aktive Studierende sehen ihr Aktionsfeld eher außerhalb der Universitäten. Allerdings sollte dieser gesellschaftliche Raum nicht aufgegeben werden. Eine kollektive Organisierung im eigenen Lebensmittelpunkt ist immer noch das beste Rezept gegen die neoliberale Offensive in allen Bereichen der Gesellschaft. Die erfolgreiche Verhinderung von Studiengebühren im Streik 2003 zeigte, dass ein solches Engagement auch konkrete Früchte tragen kann. Langfristig ist jedoch mehr nötig, es gilt, die demokratische Gegen-Öffentlichkeit an den Unis wiederherzustellen, sich von Debattierklubs und Karrieremessen zu emanzipieren und eigene Vorstellungen von der Zukunft zu entwickeln – auch wenn diese zunächst unrealistisch erscheinen mögen. Vergangene Proteste lehren vor allem eines: Radikale Opposition an den Unis erzielte stets die größten realpolitischen Erfolge, und zwar nicht nur an der Hochschule. Angepasst fatalistisches Mitgestalten oder zurückhaltend konstruktive Kritik hingegen wurden stets gnadenlos vereinnahmt oder schlichtweg ignoriert. Studentische Politik von heute muss deshalb radikaler werden, sich ernsthaft mit Themen und Bündnispartner\_innen außerhalb der Unis beschäftigen, ohne jedoch die Uni selbst darüber zu vernachlässigen. Gelingt es nicht, die Universität im demokratischen Sinne zu repolitisieren, werden neokonservative think tanks und marktradikale Politiker\_innen die letzten demokratischen Bastionen auf dem Campus schleifen, um die Freie Universität durch die „Profitorientierte Leistungsuniversität“ zu ersetzen. Studiengebühren, Überwachung, Kontrolle, selektierter Zugang und die Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft (AStA) sollen sicherstellen, dass in Zukunft nur noch gelehrt, studiert und geforscht werden kann, was dem Establishment genehm ist. Ein derart gleichgeschaltetes „Unternehmen Universität“, dass statt Solidarität nur „corporate identity“ vermittelt und dessen Marktradikalismus schon totalitär anmutet, kann letztlich nicht in unserem Interesse sein. Eine solche Universität negiert persönliche Wünsche aller Art weit stärker als die alte Bürokratenuni und reduziert seine Studierenden letztlich zu puren Objekten des Arbeitsmarktes. Und all das am liebsten noch mit unser aller freudiger Mitwirkung. Diese jedoch gilt es anderen Zielen zu widmen.